Morgen-Ausgabe

Groß-Berlin 30 Pf., auswärts 40 Pf.

„Berliner Tageblatt u. Handels-Zeitung" erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags u. Montags einmal. Illust. Gratis-Beiblätter: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", jeden Dienstag „Modespiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag „Sportspiegel", jeden Freitag Beiblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus und Garten". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs, Deutsch-Oesterreichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens u. Finnlands; für alle übr. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzbd. durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 13 M. einschl. Zustellg., Ausland ausschl. Postaufschlag; f. Berlin u. Vororte monatl. 15 M. b. tägl. zweimal. Zustellg. ins Haus. Unter Kreuzbd. monatl. f. d. Inland 28 M. u. Ausland 36 M. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. unz. Bezieh. kein. Anspr. a. Nachlief. od. Erstatt. d. entspr. Entgelts. In Groß-Berlin ohnen, man b. d. Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. b. nebenstehend aufgeführt. Filialen. (Fernspr.: Zentrum 10131—10144, f. d. Fernnerk. 14207—14209.) Tel.-Adr.: „Berltible", Berlin. Anzeigenpreis: Zeile M. 5 u. 80 % Zuschl., Stellen-Ges. u. Familien-Anz. ohne Zuschl. Nachrichte nach Abl. Tarif.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 38; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Potsdamer Straße 48; Schöneberg: Alte Jakobstraße 144; Moritzplatz: Köpenicker Straße 67/68; Wilhelmaue Str. 3; Kurfürstendamm 61; Schiffbauerdamm 4; Kochstraße 9; Gr. Frankfurter Str. 101; Frankfurter Allee 283 u. 346; Blücherstraße 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 116; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenbg.: Lauenzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharnhorstr. 39; Wilmdf. Str. 23/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hennigsenstr. 1; Lichtenbg.: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Karlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 96/98; Kaiserin-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schönhauser Str. 52; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Marx-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserallee 13; Treptow: Grüllstr. 7; Weißensee: Gürtelstr. 120. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Chemnitz: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Roßkrämerstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburg. Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 322 • Ausgabe A Nr. 163
Ausgabe für Berlin und Umgegend Nr. 322

und Handels-Zeitung

Dienstag, 12. Juli 1921
50. Jahrgang

Lloyd George über die Abrüstungsfrage.

Die Antwort an Harding.

„Große Freude" über die amerikanische Initiative.

(Privatmeldung.)

London, 11. Juli.

Im Unterhaus hielt Lloyd George heute nachmittag seine angekündigte Rede über die Weltabrüstung und über die Frage des fernen Ostens. Er sagte, er begrüße mit größter Befriedigung die Beschlüsse der Dominienkonferenz, welche Präsident Harding zu seiner Einladung veranlaßt hätten. Die chinesische Regierung habe sich gleichfalls in diesem Sinne über die Konferenz ausgesprochen. Obgleich die offizielle Antwort aus Tokio noch nicht eingetroffen sei, hege er dennoch keinen Zweifel, daß auch diese Antwort befriedigend sein würde. Lloyd George setzte dann in breiten Zügen den Charakter der Beratungen über die Abrüstungsfrage auseinander und erwähnte, daß die vorläufigen Besprechungen, die zwischen der britischen Regierung und den britischen Ueberseeregierungen stattgefunden haben, alle das gleiche Ziel verfolgten. Die Konferenz sei von Anfang an von drei großen Erwägungen geleitet worden. Japan sei, wie Lloyd George sagte, ein alter Bundesgenosse. In den zwanzig Jahren, während deren das Bündnis zwischen Japan und England bestanden habe, hätten nicht nur Europa, sondern auch der ferne Osten große Vorteile von diesem Bündnis gehabt. China als ein sehr großes Land mit unübersehbaren Möglichkeiten sei gleichfalls ein Faktor, den man berücksichtigen müsse, und bei alledem solle man nicht nur auf die eigenen Interessen, sondern auch auf die Entwicklungsmöglichkeiten des chinesischen Volkes achten. Was die Vereinigten Staaten betreffe, so erkenne man heute, was er immer vorausgesehen habe, daß die gemeinschaftlichen Ideale sehr eng verflochten seien. Englands Wunsch solle immer sein, zusammenzuarbeiten, um durch gemeinschaftliche Arbeit diese Ideale zu verwirklichen.

Der Ministerpräsident sagte weiter, das Ziel aller dieser Besprechungen wäre immer, irgendeinen Modus zu finden, um die maritimen Ausgaben im Stillen Ozean zu ermäßigen, während zugleich die Interessen aller Staaten gesichert werden sollten. Dann sagte Lloyd George, das **englisch-japanische Bündnis solle in Kraft bleiben,** bis es offiziell gekündigt werde, und dann werde immerhin noch eine Frist von zwölf Monaten vergehen müssen, bis eine Annullierung in Kraft trete. Es sei der Wunsch des britischen Reiches und der Wunsch Japans, daß das Bündnis in vollem Einklang mit den Statuten des Völkerbundes gebracht werde, und wo nur immer irgendeine Bestimmung mit denen des Statutes nicht übereinstimme, solle das Statut des Völkerbundes über diese Bestimmungen maßgebend und entscheidend sein. Eine Eingabe, welche diesen Standpunkt klarlegen solle, sei bereits an den Völkerbund gerichtet worden. **Der erste Grundsatz der englischen Politik sei ein freundschaftliches Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten, denn gerade darauf beruhe mehr als auf irgendeinem anderen Faktor der Friede und die Wohlfahrt der Welt. Zugleich aber wünsche England die enge Freundschaft mit Japan aufrechtzuerhalten.** Es wünsche weiter, die Stellung Chinas sicher zu stellen und dem chinesischen Volk jede Gelegenheit zu friedlichem Fortschritt und freier Entwicklung zu geben.

Schließlich **begrüßte Lloyd George mit großer Freude die Initiative des amerikanischen Präsidenten. Er sagte, er wisse, daß er im Namen des ganzen britischen Reiches spreche, wenn er sage, daß die Welt von den Vereinigten Staaten im Hinblick auf eine solche Führung, wie sie jetzt gegeben sei, profitieren werde. Er habe das volle Vertrauen, daß das Unterhaus diesen Schritt als eine Tat weitblickender Staatsmänner würdigen und seine Wünsche für den Erfolg dieses Schrittes teilen werde.** Von seiten des britischen Reiches würde kein Schritt versäumt werden, um diesen Erfolg sicherzustellen. Die Rede Lloyd Georges wurde von allen Seiten des Hauses mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Briand gegen die Aufhebung der Sanktionen.

„Frankreich steht am Rhein".

Die Kriegsbeschuldigtenfrage.

Paris, 11. Juli. (W. T. B.)

In Beantwortung verschiedener Anfragen über die Außenpolitik im allgemeinen erklärte Briand: „Wenn ich zu hoffnungsvolle Worte aussprechen wollte, so könnte man sie vielleicht als übertrieben verdächtigen. Aber die Erklärung, daß **die Lage Frankreichs keineswegs beunruhigend** ist, hält sich weit von einem übertriebenen Optimismus entfernt. Frankreich besitzt zur Wahrung seiner Interessen und seiner Würde die nötige Kraft, wo es auch sei. Die öffentliche Meinung in Deutschland mag westerhin von dem alten Geist der Alldeutschen vergiftet bleiben, sie mag ablehnen, aus den Ereignissen die richtige Lehre zu ziehen und den demokratischen Errungenschaften zum Siege zu verhelfen, sie mag selbst von einem Rachefeldzug sprechen, der jedoch unmöglich ist: eine Tatsache bleibt nichtsdestoweniger bestehen: **Frankreich steht am Rhein und kann nicht zugeben, daß Deutschland so umgestaltet werde, daß es eine Drohung für Frankreich darstellen könnte."** Bei der Erörterung der Ereignisse in Oberschlesien erklärte Briand, daß die französischen Truppen mitunter in eine äußerst schwierige Lage geraten waren, die zu ernstem Blutvergießen hätte führen können. Aber die Regierung habe unter Billigung der Kammer alles getan, um zu vermeiden, daß das Land in eine Abenteuerpolitik gezerrt werde. General Le Rond hat seine Pflicht in bewundernswerter Weise erfüllt (!) unter den allerungünstigsten Bedingungen, die so undankbar wie nur möglich waren, denn Oberschlesien steht nicht unter deutscher Oberhoheit, sondern wird von den Oberkommissaren der Verbandsmächte verwaltet."

Briand spricht sodann über die Ermordung des Kommandanten Montalègre: „Da das Ereignis nicht in einem Gebiet unter deutscher Oberhoheit vorgekommen ist, war es die Aufgabe unseres Oberkommissars, Erhebungen anzustellen. Es wurden zahlreiche Haussuchungen vorgenommen. Dagegen war der Schritt des deutschen Außenministers Dr. Rosen nur ein reiner Höflichkeitsakt." Briand trägt nunmehr von neuem den französischen Standpunkt in der oberschlesischen Frage vor: „Die französische Regierung hält sich nur an den Friedensvertrag. **Die Tatsachen scheinen zugunsten Polens zu sprechen, und es müssen schon zwingende Beweisgründe vorgebracht werden, um zu anderen Ergebnissen zu gelangen.** Die Verbandsmächte sind nur die Vertreter der Gerechtigkeit (!). Wir wollen nichts anderes, als die ehrliche und genaue Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, die eine Abstimmung nach Gemeinden vorsah unter gerechter Berücksichtigung der geographischen Verhältnisse. Es müssen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden. Nun gut, wir werden sie ergreifen."

Briand geht zur Frage der Aburteilung der Kriegsbeschuldigten über und hebt hervor, daß diese Frage in dem Ultimatum besonders ermahnt worden war. „Deutschland tat so, als wolle es diese Aburteilung vornehmen, aber die französische Regierung mußte zu ihrem Bedauern feststellen, daß **die Anwesenheit der französischen Abordnung in Leipzig vollkommen zwecklos war, da es sich ja doch nur um ein Theaterstück handelte." (!)**

Briand faßt die gegenwärtige äußere Politik nochmals kurz zusammen und sagt, er habe ein militärisches Vorgehen jederzeit zu vermeiden gesucht. Wenn aber unglücklicherweise die Alldeutschen die Oberhand gewinnen sollten, wenn es ihnen gelingen sollte, das Ministerium Wirth zu stürzen und Deutschland wieder einer Politik zuzuführen, die für Frankreich gefährlich werden könnte, dann möge ein jeder wissen: Frankreich besitze alles, was es braucht, um die Lage wiederherzustellen.

Nur ein Jahrgang wurde unter die Waffen gerufen, obwohl von gewisser Seite die Einberufung etlicher Jahrgänge gefordert worden war. Die Kammer hat die Haltung des Ministeriums gebilligt. Die Kontrollkommission in Deutschland hat in allen Punkten rollste Genugtuung erhalten. Die Lücke in unserem Heer, welche durch die Entlassung des Jahrganges 1919 entstanden war, ist wieder ausgefüllt. **Wir sind im Vollbesitz unserer Macht.** Wir haben die Zwangsmaßnahmen ergreifen müssen: 1. angesichts der deutschen Weigerung, die Reparationspflichten zu erfüllen; 2. wegen der nicht erfolgten Bestrafung der Kriegsbeschuldigten; 3. wegen der mangelhaften Entwaffnung Deutschlands."

Briand fährt dann fort: „Deutschland hat das Ultimatum angenommen. Wenn die Frage der **Kriegsbeschuldigten** vor die Verbandsregierungen kommen wird, so werden sie Deutschland fragen: **Habt ihr sie verurteilt? Wenn Wirth auch alles Mögliche getan hat, um sein Versprechen zu erfüllen, so genügt das doch nicht, um es Frankreich zu erlauben, auf die Sanktionen zu verzichten. Da ist unmöglich.** Aber es ist auch für Deutschland nicht einmal wünschenswert (!!), denn wenn später einmal eine alldeutsche Regierung ähnlich unannehmbare Handlungen begehen sollte, so wäre das noch etwas ganz anderes (!!) Die eine Tatsache bleibt doch bestehen, daß Deutschland geschlagen und besiegt ist. Es ist nichts anderes möglich, als daß es seine Verpflichtungen erfüllt. Auf französischer Seite wird es auf den festen Willen stoßen, von der Durchführung seiner Verpflichtungen Kenntnis zu nehmen."

Briand schloß mit den Worten: „Wir haben es fertig gebracht, unseren Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Frankreich wird in einer nahen Zukunft aus seinem Sieg Nutzen ziehen und eine besondere Stellung einnehmen. Dazu ist es aber nötig, daß das ganze Land den Eindruck gewinnt, auf gefestigter Grundlage arbeiten zu können in wirtschaftlicher wie in finanzieller Beziehung." (Beifall auf allen Bänken.)

(Siehe auch Seite 4.)

An die Kritiker der Deutschen demokratischen Partei

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Hermann Pachnicke,
Mitglied des Reichstags.

Den Artikel des Abgeordneten Dr. Pachnicke veröffentlichen wir gern als interessanten Beitrag zur Diskussion, ohne uns in allen Einzelheiten auf den Standpunkt des Herrn Verfassers stellen zu können. Die Redaktion.

Die Deutsche demokratische Partei ist in den letzten Tagen Gegenstand der Kritik sowohl in ihren eigenen Reihen wie in der unmittelbaren Nachbarschaft gewesen. Wir bedauern diesen Eifer nicht. Eine sachliche Erörterung kann Nutzen stiften, indem sie das Auge der Oeffentlichkeit auf wirklich wunde Punkte lenkt, aber auch Schiefes gerade richtet, Uebertriebenes auf das gebotene Maß zurückführt.

Vieles von dem, was man uns nachsagt, ist schief und übertrieben. Wir geben ruhig zu, daß den Schichten, auf welche wir uns stützen, eine größere Tatkraft, ein stärkerer Machtwille zu wünschen wäre. Selbst jetzt noch, wo die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die Volksvertretung souverän geworden ist, regt es sich im Bürgertum nicht so lebendig, wie es die Not der Zeit erfordert. Aber die Fraktion hat nicht versagt. Sie hat ihren Mann gestanden in Ausschuß und Plenum. Sie ist kein Anhängsel der Deutschen Volkspartei geworden, sie gedenkt nicht, die Fühlung mit der Sozialdemokratie zu verlieren und damit die Entstehung eines schwarzblauen Blocks zu begünstigen. Wenn wir wünschten, daß die Volkspartei in das Kabinett eintrete, so geschah dies deshalb, weil der Steg, der die Regierung trägt, zu schmal ist. Wir wissen nur zu gut, daß zur Volkspartei nicht wenig Mitglieder gehören, die uns innerlich fern stehen. Aber sie zählt auch Persönlichkeiten zu sich, mit denen sich auf dem Boden des Gegebenen recht wohl arbeiten ließe. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden die letzteren die Oberhand gewinnen, wenn es zu einer Beteiligung an der Regierung käme. Zugleich wäre damit dem Kabinett die Mehrheit im Parlament gesichert. Augenblicklich darf das Kabinett auf höchstens 240 Stimmen unter 469 rechnen, wenn man die Bayerische Volkspartei hinzuzählt. Bisher gingen indes die katholischen Bayern, wie die verschiedensten Abstimmungen zeigten, ihre eigenen Wege, so daß selbst diese kümmerliche Mehrheit jeden Augenblick in Frage stand. Erhalten wir nicht vom bürgerlichen Liberalismus her Zuzug, so sind wir auf die Unabhängigen angewiesen. Damit würde der Pendel zu weit nach links ausschlagen und wir sähen uns vor Forderungen gestellt, die wir nicht erfüllen können. Nicht also eine Sünde der Demokratie ist es, welche die schwierige Lage schuf, sondern ein Fehler des Volkes, das bei der letzten Wahl die beiden Flügel stärkte und die Mitte schwächte.

Entschlösse sich die Volkspartei, nicht durch uns, sondern durch das eigene Interesse gedrängt, im weiteren Verlauf zum Eintritt in das Kabinett, so ständen dem Ausgleich der Gegensätze freilich noch größere Schwierigkeiten entgegen, als wenn nur zwischen Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie verhandelt werden müßte. Doch besser, der Ausgleich wird im Kabinett gesucht, als daß es nachher im Reichstag zum Zusammenbruch kommt. Unter dem harten Druck der Notwendigkeit muß eben jede Partei ein Opfer ihrer Ueberzeugung bringen, auch die Sozialdemokratie.

Wir wissen das Verdienst zu schätzen, das sich die Sozialdemokratie erwarb, als sie am 9. November 1918 die Zügel ergriff und Deutschland vor russischen Zuständen bewahrte. Wir haben uns auch nachher der Einsicht nicht verschlossen, daß nicht ohne, noch weniger gegen die stärkste Vertretung der gemäßigten Arbeiterschaft, sondern nur mit ihr regiert werden durfte, und legten deshalb Wert darauf, sie bei der Stange zu halten. Das Verständnis dafür, daß unser Weg der richtige war, drang inzwischen in immer weitere Kreise, auch der Volkspartei. Der Historiker der Zukunft, der von höherer Warte zurückschaut, wird uns die Anerkennung dafür vollends nicht versagen.

Wir wünschen die Mitarbeit der Sozialdemokratie auch heute noch und bleiben zum Entgegenkommen bereit, wie wir ebenso von der Gegenseite Zugeständnisse erwarten. Das Hauptzugeständnis ist, daß jetzt nicht sozialisiert werden darf. Theoretische Bekenntnisse mag die Sozialdemokratie so viel ablegen, wie sie will; die praktische Anwendung verbietet sich zurzeit von selbst. Gemeinwirtschaft heißt heute Fehlbetrag. Aufgabe ist es, Reingewinn zu schaffen, und dieser läßt sich nur erzielen, wenn das persönliche Interesse zur höchsten Kraftentfaltung antreibt.

Eine weitere Voraussetzung des Zusammenwirkens ist, daß die Sozialdemokratie nicht ausschließlich die Belastung des Besitzes fordert, sondern sich auch zur Heranziehung des Verbrauchs versteht. Wollte sie mit Rücksicht auf den Wettbewerb der Unabhängigen die Beantwortung für eine erhöhte Umsatz-, Zucker- oder sonstige Ver-